

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 10/17

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

5. November 2017

„Wir sind Nobelpreis“, könnten wir nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN sagen. Die Abschaffung der Atomwaffen ist seit jeher eine unserer zentralen Forderungen gewesen. Nun ist mit der Verabschiedung des UN-Abkommens zur Ächtung der Atomwaffen ein Weg aufgezeigt worden, diese schrecklichsten aller Waffen auf den Misthaufen der Geschichte zu kehren. Die nuklearen Habenichtse haben sich dem Druck der Atomwaffenstaaten nicht gebeugt und den Anspruch auf eine atomwaffenfreie Welt in einen Vertrag gegossen. Bislang ist bei den Atomwaffenstaaten nicht erkennbar, dass sie den Weg der nuklearen Abrüstung beschreiten wollen – im Gegenteil: In vielen Staaten laufen Modernisierungsprogramme. Auch die Bundesregierung macht bislang keine Anstalten, den (schon etwas älteren) Beschluss des Bundestages umzusetzen, dass Deutschland atomwaffenfrei werden soll. Noch immer lagern in Büchel Atomwaffen. ICAN, die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons, erhielt



Bei der G20-Demonstration am 8.7.

jetzt den Nobelpreis für ihre Rolle bei der Erarbeitung und Verabschiedung des Atomwaffenverbots. Wir wollen die Aufmerksamkeit, die der Nobelpreis für ICAN in den Medien erhielt, nutzen, um mit dazu beizutragen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, den Verbotsvertrag zu unterzeichnen. Dazu wird es Anfang Dezember (die Verleihung findet traditionell am 10. Dezember statt) eine öffentliche Aktion geben, über die wir euch noch rechtzeitig informieren werden.

Zuvor möchten wir euch auf der Seite 2 unseres Rundbriefes auf drei Veranstaltungen hinweisen:

Darüber, wer in Deutschland von Krieg und Terror profitiert, über [den US-amerikanischen Drohnenkrieg](#) und über [das barbarische Flüchtlingsregime der EU](#). Bei den letzten beiden Veranstaltungen sind wir Mitveranstalter, was insofern ein Novum darstellt, da beide Veranstaltungen am selben Tag stattfinden. Aber in einer Millionenstadt wie Hamburg sollte das kein Problem darstellen. Auf der letzten Seite möchten wir euch einladen, zum Friedensratschlag nach Kassel zu fahren.

Der Antikriegstag liegt jetzt schon eine ganze Weile zurück, doch die Rede von Anne Rieger, die sie auf der Auftaktkundgebung unserer Demonstration hielt und die wir weiter unten abdrucken, liefert noch immer Anregungen für die tägliche Argumentation gegen den herrschenden Rüstungswahn.

Unser Nein bleibt unverzichtbar. Wer uns dabei unterstützen will, ist eingeladen, mit uns zusammen friedensbewegte Aktionen voranzutreiben. Die diskutieren und planen wir auf unseren Vorstandssitzungen:

Dienstag, 21.11. und 5.12. • 18.00 Uhr • Curiohaus • Rothenbaumchaussee 15

Wer teilnehmen möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns (Adresse unten).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Mittwoch, den 15. November

Lesung und Diskussion: Die Profiteure des Terrors: Wie Deutschland an Kriegen verdient und arabische Diktaturen stärkt

Mit Markus Bickel, Nahostkorrespondent aus Berlin und Autor des gleichnamigen Buches
18:30 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 13, Hintereingang, Raum AB
Veranstalter: Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte

Die Rüstungsindustrie freut sich über volle Auftragsbücher und Deutschland verdient als Drittgrößter Waffenexporteur daran! Die Rüstungsgüter werden auch über den Hamburger Hafen verschifft: 1000 Container im Jahr – drei Container pro Tag! Wir wollen mit der Veranstaltung die Hintergründe und die Folgen aufzeigen, die es hat, wenn Werkzeuge zum Töten in alle Welt verschickt werden. Das darf uns nicht kalt lassen!

Dienstag, den 28. November

Film und Informationsveranstaltung zum Drohnenkrieg „National Bird“

19:00 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 13, Hintereingang, Raum AB
Veranstalter: AG Drohnen Hamburg

Drei ehemalige TäterInnen des US-amerikanischen Drohnenkrieges berichten. Mit den Mitteln des Dokumentarfilms zeigt die Filmerin Sonia Konnebeck, was dem beteiligten Personal und den fälschlich angegriffenen ZivilistInnen angetan wird. Der Film blickt auch auf die Opfer, tausende Kilometer entfernt von den TäterInnen. Sprechen können nur noch die Überlebenden der Drohnenangriffe.

Dienstag, den 28. November

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

**Libyen, das Elend der Flüchtlinge & die Politik der EU
Wer trägt die Verantwortung und was können wir tun?**

19.00 Uhr, Pauline Kantine, Schule Rothe Str. 22, Hamburg-Ottensen
Mit Conni Gunsser, Aktivistin Watch the Med Alarmphone, AfriqueEurope Interact, Flüchtlingsrat Hamburg, und Prof. Werner Ruf, Prof. für internationale Politik i.R. Friedens- und Konfliktforscher, Universität Kassel, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Moderator: Dr. Berend Hartnagel, Politologe und Autor
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Ottenser Gespräche zu Flucht und Migration

Menschen, die von Nordafrika aus über das Mittelmeer nach Europa fliehen wollten, werden zu tausenden in Libyen unter KZ-ähnlichen Bedingungen gefangengehalten. Viele der Gequälten, die dieser Hölle entkommen konnten, landeten erneut in ihr, nachdem sie von der selbst ernannten „libyschen Küstenwache“ aufgegriffen und wieder auf das libysche Festland gebracht wurden. Diese dubiose Miliz unter Leitung eines Warlords erhält Ausbildung und Waffentechnik von der EU. Denn sie arbeitet zumindest derzeit im Auftrag der von der EU anerkannten Regierung, die zwar nur einen Teil des libyschen Territoriums kontrolliert und selbst höchst umstritten ist, aber nichtsdestotrotz nach dem Wunsch von Kanzlerin Merkel Vertragspartnerin der EU bei einer erhofften sogenannten Migrationspartnerschaft werden soll, wie sie schon mit verschiedenen Despoten und korrupten Regierungen abgeschlossen wurden. Liegt hier eine Komplizenschaft der Bundesregierung und der EU mit skrupellosen Machthabern in Libyen vor, bei der die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, um Zufluchtsuchende von Europa fernzuhalten?

Machen sich unsere Regierenden vielleicht mitschuldig an Folterungen, Vergewaltigungen, schwersten Misshandlungen und willkürlichen Exekutionen?

Werden die Außengrenzen Europas klammheimlich auf das nordafrikanische Festland verlegt?

Was sind Historie und Hintergrund dieser höchst fragwürdigen „Connections“?

Vor allem aber: Was können und was müssen wir tun, um den aus Dutzenden Ländern geflüchteten Menschen in ihrer verzweiferten Lage zu helfen?

Diese und andere Fragen wollen wir auf der Grundlage von zwei Vorträgen diskutieren.

Rede zum Antikriegstag, 1. September 2017

Anne Rieger am Deserteursdenkmal, Dammtor/Stephansplatz

Liebe Freundinnen und Freunde,

schon zweimal haben deutsche Großkonzerne und Banken mit deutschen Regierungen Eroberungskriege geführt. Leben, Umwelt, Infrastruktur wurden millionenfach vernichtet. Immer waren Ziele und Ergebnisse höhere Profite für Großkonzerne und Banken.

Wir stehen heute hier, damit solcher Terror nicht zum dritten Mal geschieht.

Wir fordern von Frau Merkel: Sofortiger Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr! Holen sie die deutschen Soldaten zurück aus den 16 Militäreinsätzen und von den Grenzen zu Russland. Ich frage: Was haben deutsche Soldaten und deutsche Waffen tausende Kilometer von ihrer Heimat entfernt auf der Welt zu suchen? Frau Merkel, rüsten Sie die deutsche Bundeswehr ab, statt sie mit unseren Steuergeldern noch weiter aufzurüsten.

Es ist absurd. Der Militäretat für 2017 wurde um 2,7 Milliarden auf 37 Milliarden Euro erhöht. Also um acht Prozent. Der Regelsatz für Hartz IV-EmpfängerInnen dagegen um gerade mal 1,2 Prozent von 404 auf 409 Euro. Diese Politik ist menschenverachtend! Rüstungskonzerne dagegen können jubeln: Im Geschäftsjahr 2016 stieg der Umsatz des Kriegsunternehmens Rheinmetall bereits um acht Prozent auf 5.602 Millionen Euro.

Eine Steigerung der Rüstungsausgaben soll nun Jahr für Jahr erfolgen. Auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis zum Jahr 2024. Diese Erhöhung des Militärhaushaltes beträgt 25 Mrd. Euro pro Jahr. Dafür kann man entweder 1800 Schützenpanzer oder 60 Eurofighter bauen oder gut 1 Mio Sozialwohnungen. Wir brauchen keine Panzer keine Eurofighter - Wir brauchen die Sozialwohnungen, bezahlbaren Wohnraum für alle. Der Wahnsinn, unsere Steuergelder für Militärausgaben zu verschleudern, muss beendet werden.

Die Kreiskonferenz des DGB Kiel fordert: „Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten. Wir fordern stattdessen Abrüstung und die Rüstungs- und Kriegsmilliarden für soziale Zwecke zu verwenden.“ Sie stehen damit im Einklang mit der großen Mehrheit der Bevölkerung: 83 Prozent der Menschen in Deutschland wollen einen Stopp der Rüstungsexporte.

Die Kieler Kolleginnen und Kollegen stehen nicht allein. Die GEW hat ihren Beschluss von 2013 dieses Jahr erneut bekräftigt: Sie setzt sich ein für Friedensbildung und für die ersatzlose Aufkündigung von Kooperationen zwischen Bundeswehr und Schulministerien sowie für Zivilklauseln im Hochschul- und Wissenschaftsbereich.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag von ver.di nahm die Debatte darüber, wie der Frieden sicherer gemacht werden kann, einen breiten Raum ein und klare Forde-



rungen mit überwältigender Mehrheit wurden beschlossen.

Auch die Delegierten des IG Metall-Gewerkschaftstags sendeten deutliche Signale aus: Sie forderten die Wiederaufnahme der Diskussion über Rüstungskonversion und die Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Dabei dürfen natürlich Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Arbeitsplätze im Rüstungsbereich müssen durch Umstellen auf zivile Fertigung langfristig gesichert werden. Deswegen ist es nötig, gemeinsam mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie darum zu kämpfen, dass die Gelder, die für Waffen und Kriegsgerät ausgegeben werden, stattdessen für sozial und ökologisch nützliche Produkte und Dienstleistungen verwendet werden. Ein Fonds für die Umstellung und die Qualifizierung der Beschäftigten muss zur Verfügung gestellt werden. Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind hochqualifiziert und in der Lage, in anderen Bereichen zu arbeiten, wenn dafür Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Sparten liegen auf der Hand:

- Ökologie: Vernichtung der Umwelt muss gestoppt, vorhandene Schäden müssen repariert werden. Erneuerbare Energie muss sowohl die Verbrennung fossiler Rohstoffe als auch die Atomenergie ersetzen. Energieeffizientere Anlagen, Maschinen und Geräte in Industrie, öffentlichem Bereich und privaten Haushalten müssen vorhandene ersetzen,
- Technische Hilfen für unsere alternde Gesellschaft schreien geradezu nach Entwicklung und Umsetzung.
- Zivile Sicherheitstechnologien.
- Sanfte Mobilität: Wir brauchen eine neue, gesellschaftlich kontrollierte sozial/ökologische Mobilitäts- und Beschäftigungspolitik, wollen wir unseren Planeten nicht umbringen.



Natürlich sind auch andere Berufseinsätze denkbar, z. B. Techniker können in Berufsschulen, an Universitäten und Fachhochschulen mit ihrem Wissen eingesetzt werden, wenn gewollt, lebenslanges Lernen ist heute eh überall angesagt.

Im Vordergrund stehen da Pflegeberufe und soziale Berufe im weitesten Sinn: Lehrer, Medienleute, Kommunikationsfachleute, Leute, die Vereine und Begegnungsstätten organisieren, ebenso Leute, die wie die Gewerkschaftsaktiven Menschen bei der Vertretung ihrer Interessen helfen.

Industrieller Strukturwandel ist normal, denken wir nur an Kohle-, Stahlindustrie.

Ergebnis des Gewerkschaftstages ist das Projekt „für Konversion und Diversifikation in Betrieben der wehrtechnischen Industrie“. Ziel ist es, Betriebsräte und Belegschaften der Rüstungsindustrie bei der Suche nach anknüpfungsfähigen Produkten für zivile Märkte zu unterstützen beim Abbau der Rüstungsausgaben.

Unsere gewerkschaftliche Position ist Frieden *und* Abrüstung! Ein erster Schritt wäre, die Ausgaben des sog. Verteidigungsministeriums sofort zu stoppen und eben nicht auf 37 (43 laut Gehrcke) Mrd. Euro zu erhöhen.

Der zweite Schritt wäre dann, die geplanten zusätzlichen 130 Mrd. Euro für die nächsten Jahre nicht für Kriegsgerät auszugeben, sondern dem Konversionsfonds zuzuführen. Und gemeinsam mit den Beschäftigten, ihren Betriebsräten und der IG Metall darüber zu beraten, wie die ersten Schritte einer solchen Umstellung erfolgen sollen.

Der dritte Schritt sollte dann die schrittweise 10-prozentige Kürzung der Verteidigungsausgaben sein.

Millionen Menschen wurden in den beiden Weltkriegen und werden auch heute wieder aus ihrer Heimat vertrieben oder sie flüchten vor dem Kriegsterror und den unerträglichen Lebensbedingungen. Es steht in der Verantwortung der Regierung der Frau Merkel, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Rüstungsexporte müssen sofort gestoppt werden. Waffen in Deutschland produziert und Transportgeräte für Bomben und Soldaten heizen in vielen Gebieten der Welt die mörderischen Kriege an.

„Wer über Fluchtursachen redet, darf über westlichen Militärinterventionen nicht schweigen.“ Genau diese Politik des Westens im Irak, in Libyen, in Syrien, in Afghanistan hat zu Millionen Kriegsflüchtlingen geführt. Genau deshalb muss diese Kriegspolitik, an der sich die Bundesregierung beteiligt, beendet werden.

Kriege sind nur mit dem ständigen Nachschub von Waffen, Waffenfabriken und Munition möglich. Sie sind eine wesentliche Ursache für die Flucht der Menschen nach Europa. Ein sofortiger Rüstungsexportstopp für deutsches Kriegsgerät würde in vielen Gebieten der Welt das Sterben beenden. Nicht die Schleuser, nicht die Gummiboote sind die Verursacher der Flüchtlinge, sie schneiden nur mit, am Elend der Menschen. Nein! Deutsche PolitikerInnen und ihre Bündnispartner, die sogenannte westliche Wertegemeinschaft, hinter der sie sich verstecken, sind die Verursacher.

Deswegen fordern wir: Sofortiger Stopp der Rüstungsexporte und schrittweiser Abbau von Kriegsgerät. Daran haben deutsche Konzerne einen erheblichen Anteil und einen exorbitanten Gewinn!

Und wir fordern von Frau Merkel und ihrer Regierung auf: Treten sie dem Atomwaffenverbotsvertrag bei.

122 Nationen haben bei den Vereinten Nationen für ein Verbot von Atomwaffen gestimmt. Gegen den Widerstand der Nuklearmächte haben sie die atomare Abrüstung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Sie haben damit den von den Atomwaffenstaaten seit Jahrzehnten praktizierten Boykott wirksam unterlaufen und sie als die Verhinderer atomarer Abrüstung an den Pranger gestellt. Vor allem ist das Konzept der nuklearen Abschreckung als angeblicher Friedensgarantie ist delegitimiert: Die große Mehrheit der Staaten sieht die Existenz der Atomwaffen als Bedrohung ihrer Sicherheit und des Weltfriedens an.

Als Vertragsstaat wäre Deutschland verpflichtet, un-



Demonstration zum Antikriegstag am 1.9. in Hamburg



ter keinen Umständen jemals Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper zu entwickeln, zu erproben, zu erzeugen, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu besitzen oder zu lagern.

Und genau das wollen wir.

122 Staaten stimmten bei der UNO für ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Atomwaffen.

Die Bundesregierung war den Verhandlungen in New York ferngeblieben. Der Vertrag sei mit der Politik der atomaren Abschreckung unvereinbar. Das stimmt. Die atomare Abschreckung ist mit Frieden, Abrüstung und einer solidarischen Welt unvereinbar. Also Schluss damit!

Im September 2017 wird bei der UNO-Generalversammlung der Verbot zur Unterzeichnung freigegeben werden. Die Bundesregierung muss auch unterzeichnen. Die Menschen haben ihre Wahl getroffen. 93 Prozent der befragten Bundesbürger haben sich für ein Verbot der Atomwaffen ausgesprochen. Gemeinsam mit dem DGB fordern wir, dass die Bundesregierung diesen Willen der Bevölkerung respektiert und sich dem Atomwaffenverbot anschließt. Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel ist sofort fällig.

Die Regierungen sagen, ein Vertrag zur Abschaffung der Atomwaffen sei unwahrscheinlich. Wir glauben ihnen nicht, denn das Gleiche haben sie über den Landminen-Verbotsvertrag gesagt, das Gleiche über die Abschaffung der Sklaverei. Wir glauben ihnen nicht. Wir werden nicht nachlassen, in unserem Einsatz für Frieden und Abrüstung.

Auch die wachsende Konfrontation gegenüber Russland muss beendet werden. Zum Ziel führen nur Verhandlungen auf Augenhöhe gleichberechtigter Staaten. Der Truppenaufmarsch an der Grenze zu Russland, zusammen mit den aggressiv angelegten Großmanövern, verschärft aber die Krisensituation. Sanktionen schaden den Menschen hier wie dort, schaden der europäischen Wirtschaft. Sie führen zu keinem für alle Seiten befriedigenden Ergebnis.

Wir weigern uns, das uns politisch und medial vorgegebene Schwarz-Weiß-Schema zu übernehmen. Wer in Russland den alleinigen Störenfried und Aggressor sieht, hat von den Verhältnissen in und um die Ukraine wenig verstanden.

Die Urheberschaft für die internationalen Spannungen in Osteuropa liegt in der Politik von EU und NATO, die ihre Grenzen weiter an Russland herangeschoben haben und die Ukraine mit einem Assoziierungsvertrag wirtschaftlich knebeln und militärisch gegen Russland in Stellung bringen wollten.

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ verlangt von der EU mehr Verständnis für Russland und erinnert: „Obwohl der vom Westen geförderte Sturz der Regierung in Kiew den Ukraine-Konflikt eskalieren ließ, gilt Moskau als größter Schuldiger. Alles aber, was heute als russische Aggression gebrandmarkt wird, geschah nach dem Putsch, nicht davor. Wie wäre es“, so die Osnabrücker Zeitung, „eine gemeinsame Linie und den Ausgleich von Interessen zu suchen?“

Genauso ist es: Frieden in Europa kann es nur gemeinsam mit Russland geben, nicht mit militärischen Drohungen, nicht mit wirtschaftlichen Sanktionen! Nur in respektvoller Zusammenarbeit auf der Grundlage des Völkerrechts kann es zur gemeinsamen Bewertung globaler Probleme und zu gemeinsamer Entwicklung kollektiver Lösungen kommen. Diese respektvolle Zusammenarbeit verlangen wir von Frau Merkel. Denn wir wollen Frieden!

Ich erinnere an 1962. Die USA verhinderten sowjetische Raketen in Kuba, in unmittelbarer Reichweite ihrer Grenzen. Sie wollte 90 Meilen von ihrem Territorium entfernt keine sowjetischen Raketen haben. Aus eigener Erfahrung hätten die USA voraussehen können, dass Russland sich wehren würde, wenn man ihm zu nahe auf den Pelz rückt, genauso, wie es die USA damals taten.

Ausgewiesene Völkerrechtler streiten bis heute darüber, ob die Übernahme der Krim durch Russland legal war – es gibt unter den Experten unterschiedliche Meinungen. Verständlich war sie auf alle Fälle und sie war im Einklang mit der dort lebenden Bevölkerung.

Unsere Vision ist eine Welt, in der Frieden, gelebte Demokratie, soziale Absicherung, das Recht auf Arbeit und Leben für alle Menschen unseres Planeten und der Erhalt der Natur Realität sind. Eine Welt, in der humanistische Einstellungen die vorherrschenden Werte sind.

In dieser Welt wird es keinen Raum geben für Egoismen wie Rassismus, Nationalismus, Standortlogik, überhebliches Großmachtdenken und Profitlogik.

Dafür kämpfen wir gemeinsam für unsere Interessen – gegen die Interessen der Aktionäre von Banken, Versicherungen und Konzernen!

Für ein Deutschland, eine EU, die in Frieden mit Russland lebt.

Anne Rieger ist Sprecherin des Bundesausschuss Friedensrat-schlag

Die Fotos von der Antikriegstagsdemonstration wurden uns von Reinhard Schwandt zur Verfügung gestellt.

24. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2017 Sa./So., 2./3. Dezember

Anmeldung per e-mail: anmeldung@friedensratschlag.de
Tagungsbeitrag 35,00 EUR bzw. 15,00 EUR (ermäßigt).
Standort: Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Die Welt steht am Abgrund. Kriege, Kriegsdrohungen neuerdings sogar mit Atomwaffen, Militärmanöver und umfassende Aufrüstung bestimmen die Auseinandersetzung um politische Einflussbereiche und Ressourcen. Kriege in weiten Teilen der Welt, Millionen Tote und Verletzte, Geflüchtete, zerstörte Länder und Militarisation der Gesellschaft – dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden!

Dem Ruf von NATO, EU und Bundesregierung nach Aufrüstung setzen wir „Abrüsten statt aufrüsten“ entgegen. Friedensbewegung, Friedensforschung und Politik sind gefordert, eine friedensfähige Politik zu entwickeln und durchzusetzen. Darum treffen wir uns zu unserem 24. Friedensratschlag in Kassel.

Die Umsetzung der NATO-Vereinbarung, die Rüstungsausgaben zu verdoppeln, muss verhindert werden, die finanziellen Mittel müssen für soziale Entwicklung eingesetzt werden. Der UNO-Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen gehört durchgesetzt und die Atomwaffen in Büchel gehören abgezogen. Deutsche Truppen sind aus den Auslandseinsätzen zurückzuziehen und Waffenexporte zu verbieten. Die militärische Aufrüstung muss gestoppt, Spannungen ab- und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden.

Unser Engagement für diese friedenspolitischen Forderungen schließt die entschiedene Zurückweisung rechtsextrimer und fremdenfeindlicher Bestrebungen ein.

Samstag, 2. Dezember

12.00 – 14.00 Uhr: Plenumsvorträge (Aula)

Begrüßung und Eröffnung: Friedensbewegung 2017

Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag

Die Welt in Unordnung – Neue Kriegsgefahren

Ingar Solty, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gewerkschaften international im Kampf um Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion

Wolfgang Lemb, Vorstand IG Metall

Die Außen- und Sicherheitspolitik von EU und Österreich

Dr. Thomas Roithner, Priv.-Doz. Mag. (Wien)

14.30 – 16.00 Uhr: Foren und Workshops

A1: Diskussionsrunde mit Ingar Solty

A2: Diskussionsrunde mit Wolfgang Lemb

A3: Diskussionsrunde mit Thomas Roithner

A4: Wie wahrscheinlich ist ein neuer Korea-Krieg?

Dr. Rainer Werning, Publizist

A5: Russland und das Verhältnis zu EU und NATO

Kai Ehlers, Publizist

A6: Palästina – Kein Frieden mit der Besatzung

Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler

A7: Frontex: Das Grenzregime und die Folgen

Jan van Aken (Hamburg)

A8: Die Linke in Lateinamerika in Bedrängnis – Warum randaliert die Oberschicht in Venezuela?

Harri Grünberg, Netzwerk Cuba e.V.

A9: Teile und herrsche in Syrien – wie Deutschland in der Levante Einfluss nehmen will

Karin Leukefeld, Journalistin (Damaskus)

A10: Der Krieg Saudi-Arabiens im Jemen

Jacqueline Andres, Informationsstelle Militarisation

16.30 – 17.15 Uhr: Plenum (Großer Hörsaal)

100 Jahre „Dekret über den Frieden“

Prof. Domenico Losurdo, Philosoph (Urbino, Italien)

17.45 – 19.15 Uhr: Foren und Workshops

B1: Diskussionsrunde mit Domenico Losurdo

B2 Chinas Aufstieg und die geopolitischen Folgen

Dr. Erhard Crome, Publizist, Rosa-Luxemburg-Stiftung

B3: Neue Konflikt-Konstellationen in Nahost: Iran, Saudi-Arabien-Katar

Prof. Dr. Mohssen Massarat, Sozialwissenschaftler

B4: „Getürkte“ Türkeipolitik Deutschlands

Murat Cakir, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen

B5: Afrika: Diabolischer Pakt der Industriestaaten

Niema Movassat, MdB Die Linke

B6: Afghanistankrieg und keine Ende? Dr. Matin Baraki,

Universität Marburg, und Uli Cremer, Grüne Friedensinitiative

B7: Aggression gegen Klima – Kriege wegen Klima

Alexis Passadakis, attac

B8: Aufrüstung zum präventiv-autoritären Sicherheitsstaat

Dr. Rolf Gössner, Liga für Menschenrechte (Berlin)

B9: Schulen und Universitäten ohne Bundeswehr

Jochen Nagel, GEW Hessen und Freya Pillardy, SDAJ

Sonntag, 3. Dezember

9.00 Uhr: Plenumsvortrag (Aula)

Die Charta von Palermo

Leoluca Orlando (Palermo)

10.00 – 11.30 Uhr: Foren und Workshops

C1: Diskussionsrunde mit Leoluca Orlando

C2: Die Rolle der sozialen Medien für die Friedensbewegung

Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung

C3: Können wir deutsche und europäische Kampfdrohnen noch verhindern?

Elsa Rassbach, DFG-VK, Code Pink

C4: Die neue Aufrüstungswelle (2%) und unser Widerstand

Christine Buchholz, MdB Die Linke

C5: Abschaffung aller Atomwaffen statt atomares Wettrüsten?

Regina Hagen, Trägerkreis Atomwaffen abschaffen

C6: Abschiebungen verhindern – Bleiberecht durchsetzen

Dieter Burkhardt, Pro Asyl

C7: Rüstungsexporte stoppen – FRIEDEN GEHT!

Jürgen Grässlin, DFG-VK, Aktion Aufschrei

C8: Hilft Entwicklungshilfe?

Thomas Gebauer, medico International

C9: Die AfD: Eine Herausforderung für die Friedensbewegung?

Uwe Hirsch, Naturfreunde Deutschlands

12.00 – 13.45 Uhr: Podiumsdiskussion

EU- und NATO-Aufrüstung: Wie organisieren wir den internationalen Widerstand?

mit Ariel Denis (Frankreich); Colonel Ann Wright (USA), Ludo de Brabander (Belgien); Görkan Bizizi (Türkei); Kate Hudson (CND, Großbritannien); Moderation:

Willi van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag

Weitere Informationen unter www.friedensratschlag.de